

Festzuhalten bleibt, daß es dem Autor gelungen ist, die Entwicklung des staatsrechtlichen Status Galiziens bis zum Jahr 1873 präzise und verständlich darzustellen. Was die Bewohner des Kronlandes aus diesem Status *de facto* machen konnten, geht jedoch nur zum Teil aus seinem Werk hervor. Zu Recht weist M. auf die Bedeutung galizischer Politiker und Beamter für die Zweite Polnische Republik hin. Doch erbte diese eben nicht nur einige erfahrene Spitzenpolitiker bzw. eine gut ausgebildete Beamtenschicht von Galizien, sondern auch die politische Massenbewegung des Bauernstandes, der es gelungen war, die Bauern zu politisieren und ihnen ein polnisches Nationalgefühl zu vermitteln. Es stellt sich die Frage, ob die „Organische Arbeit“, die der Vf. durch die Zusammenarbeit der galizischen Konservativen mit Wien verwirklicht sieht (S. 372), nicht vielmehr von den Funktionären der Bauernparteien geleistet worden ist.

Berlin

Claudia Kraft

Krzysztof Dunin-Wąsowicz: Polski ruch socjalistyczny 1939–1945 [Die polnische sozialistische Bewegung 1939–1945.] Wydawca Instytut Historii PAN. Warszawa 1993. 337 S.

Immer mehr Arbeiten lassen im postkommunistischen Polen die bisherigen „weißen Flecken“ der polnischen Nachkriegsgeschichtsschreibung verschwinden. In diese Reihe ist auch die vorliegende Arbeit einzuordnen. Akribisch beschreibt der Autor, der sich bei dem außerordentlich widerspenstigen Stoff auf eine breite in- und ausländische Archivbasis sowie auf Nachlässe und Auskünfte von Zeitzeugen stützt, das gesamte Spektrum der sozialistischen Bewegung im heimatlichen Untergrund der Kriegszeit. Dem Vf. gelang eine imponierende Arbeit, insbesondere weil sie durch die illegalen Verhältnisse einer Untergrundtätigkeit, die von Geheimhaltung und Vorsicht geprägt waren und ein relativ geringes Maß an offiziellen Aufzeichnungen hinterließen, erkenntnistüchtig erschwert wurde.

Die Untersuchung zeichnet detailliert nicht nur die Situation der PPS (Polska Partia Socjalistyczna – Polnische Sozialistische Partei) seit der Septemberrücklage 1939, sondern auch ihren in den unübersichtlichen Untergrundverhältnissen schwierigen, von Abspaltungen, aber auch Geltungsbedürfnis, hochgesteckten Ambitionen und Intrigen Einzelner belasteten Weg als WRN (Wolność – Równość – Niepodległość – Freiheit – Gleichheit – Unabhängigkeit), welchen *nom de guerre* sie sich gab, bis sie 1944 zu ihrem tradierten Parteinamen zurückkehrte, sowie die für die Nachkriegsentwicklung der Partei und Polens folgenschwere Sezession der RPPS (Robotnicza PPS – Arbeiter-PPS) nach. Sie entwickelte sich unter direkter Beeinflussung der kommunistischen PPR (Polska Partia Robotnicza – Polnische Arbeiterpartei), die auf dem Sprung zur Machtübernahme stand. Klar wird ferner, daß die mit den nichtkommunistischen Untergrundorganisationen zu verwechselnde, die Untergrundgesellschaft verwirrende Namensgebung der Kommunisten für ihre und für die Mitläuferorganisationen zu deren Unterwanderungs- und Abwerbep Praxis gehörte, worauf vom Rezensenten schon 1952 hingewiesen wurde.¹ Es waren keineswegs die zentralen Führungsorgane der RPPS, die weitgehend kommunisten- und sowjetfeindlich geblieben waren, sondern geltungssüchtige Einzelpersonen, die mit Aussicht auf persönliche Vorteile die RPPS eigenmächtig zu gemeinsamen Aktionen mit der PPR führten und als angeblich dazu autorisierte Vertreter der RPPS an der Gründung der kommunistischen KRN (Krajowa Rada Narodowa – Landesvolksrat) teilnahmen und auf diese Weise dem aufziehenden Kommunismus den Weg ebneten.

¹ GEORG W. STROBEL: Die polnische Widerstandsbewegung seit 1939, in: Osteuropa, Stuttgart 1952, Nr. 3, S. 188–196.

In gesonderten Kapiteln werden neben einer Gesamtschau der innerparteilichen Programmdiskussionen die Kampftätigkeit aller sozialistischen Gruppierungen, die umfängliche Presse- und Verlagstätigkeit im Untergrund sowie die Haltung gegenüber Juden und deren Aufstandsversuchen in Ghettos und Vernichtungslagern geschildert, ein delikates Problem der neuesten Geschichte Polens. Am Rande werden auch Probleme der Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Jüdischen Arbeiter-„Bund“ erörtert, wozu die Benutzung des New Yorker „Bund“-Archivs und des dortigen YIVO-Archivs hätte einiges mehr beitragen können. Ferner wird die Entwicklung im ostpolnischen, von der Sowjetunion 1939 annektierten Gebiet aufgezeigt.

Die erschöpfende, kaum Wünsche offenlassende Arbeit faßt in einem eindrucksvollen Ausblick „Verluste und Erfolge“ der PPS während ihrer Untergrundtätigkeit zusammen. In den Kriegsjahren verlor sie insgesamt 39 % der Mitglieder ihrer Führungsorgane von vor 1939, der höchste Blutzoll aller polnischen Parteien, wodurch sie zusätzlich für die politischen Auseinandersetzungen mit dem Kommunismus geschwächt wurde.

Bemerkenswerterweise übergeht der Vf. den Beitrag volks- und auslandsdeutscher sowie emigrierter deutscher Sozialdemokraten zum Widerstand Polens aus antifaschistischer Gesinnung nicht, im Gegensatz zu deutschen Darstellungen. Dieser deutsche Widerstand in Polen wurde von der 1940 illegal wiederbegründeten DSAP (Deutsche Sozialistische Arbeitspartei/in Polen/) unter Emil Zerbe organisiert, der als polnischer Offizier bereits die deutschen, antifaschistischen Freiwilligen bei der Verteidigung Warschaus im September 1939 befehligte hatte. Leider führt der Vf. entgegen seiner sonstigen Akribie und Detailgenauigkeit sachlich dazu weit weniger aus als der Rezensent in einem simplen, wenngleich längeren Leserbrief², obgleich sich beide auf die gleichen Zeitzeugenquellen stützen. Das Zurückschrauben der von Zeitzeugen, die Kontakte und Beziehungen zwischen der deutschen und der polnischen Untergrundorganisation unterhielten, unabhängig voneinander mitgeteilten Mitgliederzahlen der deutschen antifaschistischen Organisation auf 5–10 % und die sehr dürtigen Ausführungen zum deutschen sog. Bataillon der Stummen, das das belagerte Warschau 1939 mitverteidigte und 350–400 Freiwillige gezählt haben soll, minimieren den antifaschistischen deutschen Beitrag zum polnischen Widerstandskampf unvermeidbar.

Trotzdem verdient das Werk alle Anerkennung, denn Arbeiten zu diesem Thema waren in Volkspolen durchweg parteilich und damit abgestuft einseitig und unzuverlässig. Der Vf. hat ein Beispiel dafür geliefert, wie historische Parteienforschung in den neuen politischen Verhältnissen Polens ohne ideologischen Druck und ohne Zensur auszusehen hätte.

Groß-Umstadt

Georg W. Strobel

² DERS.: Der Widerstand der „Stummen“, in: FAZ vom 7. 7. 1994.

Eugeniusz Duraczyński: Rząd polski na uchodźstwie 1939–1945. Organizacja, personalia, polityka. [Die polnische Exilregierung 1939–1945. Organisation, Personen, Politik.] Verlag Książka i Wiedza. Warszawa 1993. 488 S., zahlr. Abb. i. Anh.

Die Geschichte der Londoner Exilregierung im Zweiten Weltkrieg blieb lange Jahre vornehmlich aus ideologischen Gründen vor einer seriösen wissenschaftlichen Erforschung durch die polnische Geschichtsschreibung bewußt „verschont“. Diese historiographische Lücke versucht die 1993 erschienene umfangreiche Monographie von Eugeniusz Duraczyński zu schließen, die laut Vorwort des Vfs. auf jahrzehntelangen intensiven Aktenstudien beruht. Sie gliedert sich in drei Hauptpunkte, die nach Umfang des verwendeten Quellenmaterials und argumentativer Bandbreite teilweise erheblich voneinander abweichen: Das mit „Hoffnung“ überschriebene Eingangskapitel